

**Junge Union und Mittelstand über
„Generationengerechtigkeit“**

„Wir haben alle Chancen dieser Welt“

**Bundes- und Landespolitiker der CSU über Ziele und Wege
einig**

Nürnberg. „Klare Kante beim Thema Sicherheit“ müsse die Union zeigen und es dürften keine „rechtsfreien Räume“ entstehen, so Dr. Carsten Linnemann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung von CDU und CSU. Und um Protestverhalten vorzubeugen sollten sich die Menschen auf eine langfristige Ausrichtung der Parteien verlassen können, was auch der Unterscheidbarkeit diene. Erhebliche Differenzen habe er „zwischen den Ansichten der Bevölkerung und der veröffentlichten Meinung“ erkannt.

Gemeinsam mit der Jungen Union hatte die Mittelstands-Union der CSU in Mittelfranken im Airport Conference Center zur Diskussion eingeladen. Im Kern drehte sich die Diskussion um das Thema Gerechtigkeit, auch zwischen den Generationen. Für Parlamentarischem Staatssekretär Stefan Müller habe „Gerechtigkeit etwas mit dem subjektiven Empfinden zu tun“. Der Slogan „sozial ist, was Arbeit schafft“ habe fortwährende Gültigkeit. Und wer ehrlich ist, wisse, dass es ein Rentenkonzept mit 100-jähriger Gültigkeit nicht gibt“. Nachbesserungen seien immer wieder notwendig und die Union habe hierzu bereits Weichenstellungen „mit verbesserter Gerechtigkeit“ vorgenommen.

Mehr betriebliche Altersvorsorge wünschte sich in diesem Zusammenhang Berhane Abraham, Personalvorstand einer Klinik. Der Fachkräftemangel gerade im Gesundheitswesen könnte sich zumindest ein Stück weit beheben lassen, wenn manche Berufe mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit und damit auch mehr Attraktivität bekämen. Helfen könne zudem eine bessere Verteilung der finanziellen und altersbedingten körperlichen Belastung.

Für René Handl, Mitglied im Bundesvorstand der Wirtschaftsunioren Deutschlands, müsse sich Bildung und Ausbildung wieder mehr an

Begabungen, Stärken und Interessen orientieren: „Nicht jeder muss aufs Gymnasium“, so der Versicherungs- und Finanzmakler. Insgesamt wünschte er sich weniger staatliche Bevormundung und wieder mehr Eigenverantwortung.

Die „Vorsorge für die Zukunft“ will Stefan Müller wieder in den Mittelpunkt seiner parlamentarischen Arbeit in der nächsten Legislaturperiode stellen, „wenn die Wählerinnen und Wähler mitmachen“. Dazu gehörten auch weitere Entlastungen des Mittelstandes und der Leistungsträger. Ferner brauche es mehr Investitionen in die Bildung, verstärkt jetzt auch in die berufliche und die digitale; das gelte gleichfalls für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Für den Diplomkaufmann und Stadtrat Sebastian Brehm, der im Nürnberger Norden für den Deutschen Bundestag kandidiert, ist die Programmatik der SPD eine „wirtschaftliche Katastrophe für Deutschland mit Umverteilung und Leistungsbestrafung“. Nach seiner Ansicht brauche die „Generation Sicherheit auf allen Gebieten“ wieder mehr Unternehmertum mit Risikobereitschaft. Politik und Medien müssten gerade jungen Menschen vorhandene Ängste nehmen: „Wir haben in Deutschland alle Chancen dieser Welt“. Diese gelte es umzusetzen, so übereinstimmend die Moderatoren Lara Polster und Dr. Robert Pfeffer von der Mittelstands-Union und Daniel Matulla für die Junge Union.

pmw